



Info-Dienst

Herausgeber: Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V.
Verantwortlich: Gaby Hagmans, Bundesgeschäftsführerin
Redaktion: Claudia Steinborn, Britta Plonka
Agnes-Neuhaus-Straße 5, 44135 Dortmund
Telefon: +49 231 557026-0, Telefax: +49 231 557026-60
E-Mail: plonka@skf-zentrale.de, Internet: www.skf-zentrale.de

Juni 2010

Auf einen Blick

Allgemeines

[Kooperation der BAG IDA mit prosozial Software comp.ASS](#)

[Fachtagung „Inklusive Bildung in Kitas und Schulen - Möglichkeiten zur verbesserten Teilhabe behinderter Kinder“ vom 6. bis 7. September 2010 in Berlin-Köpenick - Anmeldeschluss: 8. Juli 2010](#)

[Fortbildung für Geschäftsführungen - Anmeldeschluss: 1. September 2010](#)

[Geragogik - Das Lehrbuch](#)

Allgemeine Soziale Beratung/Familienbezogene Armutsprävention

[Familienreport 2010](#)

[Fachtag „Armut - Werte - Rollenbilder“ am 23. November 2010 in Dortmund](#)

[Regierungskoalition streicht beim Elterngeld die Sockelleistung für Bezieher von SGB II-Leistungen](#)

Arbeit mit allein Erziehenden

[Geteilte Sorge](#)

Ehrenamt

[Aktionswoche „Engagement macht stark“ des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement vom 17. bis 26. September 2010](#)

[Neuer Freiwilligensurvey veröffentlicht](#)

Frühe Hilfen

[Frühe Hilfen - Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe in der Kooperation mit der Gesundheitshilfe](#)

[„Werkbuch Vernetzung“ zu Frühen Hilfen](#)

Frauenhäuser/Häusliche Gewalt

[Fortbildung „Selbstfürsorge und Stressmanagement“ vom 22. bis 24. September 2010 in Mainz](#)

Integration durch Arbeit

[Teilhabe benachteiligter junger Menschen am Bildungs- und Ausbildungssystem sichern](#)

[Traditionelle Rollenbilder bestimmen weiterhin Bildungserfolg](#)

Kinder- und Jugendhilfe

[Erweitertes Führungszeugnis seit 1. Mai 2010](#)

[Empfehlungen des DCV zur Prävention vor sexuellem Missbrauch](#)

[Internetauftritt Runder Tisch Kindesmissbrauch](#)

[Telefonkontakt und Homepage der Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs](#)

[Angesparte Grundrente nach Opferentschädigungsgesetz grundsätzlich kein verwertbares Vermögen](#)

[1. Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft vom 1. bis 3. Dezember 2010 in Dresden](#)

[Bundeskabinett beschließt Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention](#)

[Fakten und Empfehlungen zu den Neuregelungen in der Kindertagespflege](#)

Öffentlichkeitsarbeit

[Pressemitteilungen/Veröffentlichungen der Bundesgeschäftsstelle des SkF](#)

Rechtliche Betreuung

[BtG Infobrief](#)

[Rechtsprechung in Leitsätzen zum § 1897 Abs. 3 BGB zur Auswahl des Betreuers](#)

[Umsatzsteuer](#)

[Von der Stellvertretung zur unterstützten Selbstbestimmung – Behindertenrechtskonvention und Betreuungsrecht](#)

[Seminar zur Vortragsgestaltung im Arbeitsfeld Rechtliche Betreuung am 30. September und 1. Oktober 2010 in Bergisch-Gladbach](#)

[Grundlagenseminar Rechtliche Betreuung vom 26. bis 28. Oktober 2010 in Fulda](#)

Schwangerschafts- und Familienberatung

[Psychische Erkrankungen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt vom 22. bis 24. September 2010 in Schwerte](#)

[Sucht und Abhängigkeit – Herausforderung für die Beratungsarbeit in der Jugend- und Familienhilfe vom 10. bis 12. November 2010 in Bensberg](#)

Sozialmarketing

[Initiative Transparente Zivilgesellschaft für mehr Transparenz im gemeinnützigen Sektor](#)

[PHINEO schafft Transparenz im Spendenmarkt](#)

[Deutscher Spendenrat verabschiedet neue Grundsätze](#)

[parameta schreibt Wettbewerb „Projekt-Hilfe für Helfer“ aus. Bewerbungsfrist bis 31. Juli 2010](#)

[Forum für Förderstiftungen der Caritas am 19. Oktober 2010 in Frankfurt](#)

[Neue Studie beleuchtet stiftungsinterne Prozesse](#)

[Einführung der Umsatzsteuer bei Postdienstleistungen verteuert Mailingaktionen](#)

[Leitfaden für den Umgang mit personenbezogenen Daten im Fundraising](#)

Wohnungslosenhilfe

[Fachtag der BAG Wohnungslosenhilfe zum Fachtag am 4. August 2010 in Kassel](#)

Allgemeines

Kooperation der BAG IDA mit prosozial_Software comp.ASS

Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Integration durch Arbeit im DCV (BAG IDA) und das Softwarehaus „prosozial“ haben eine enge Zusammenarbeit vereinbart, um die Prozesse innerhalb der Betriebe der BAG IDA mit Unterstützung der Software comp.ASS zu optimieren. Die Kooperation bietet für die Mitglieder der BAG IDA im Rahmen des „BAG IDA IT-Netzwerkes“ günstige Einstiegskonditionen für die Nutzung und Pflege der Teilnehmerverwaltungssoftware „comp.ass“. Die zur Verfügung gestellte comp.ASS Version enthält die Module der comp.ASS Organisationslösung für Freie Träger, wie: Teilnehmer-, Maßnahmen-, Projekt, Seminar-, Stellenverwaltung, Stellenmatching, zertifizierte eM@W Schnittstelle (elektronische Maßnahmenabwicklung), Assessment, Hilfeplanung, Hilfeprodukte, Finanzverwaltung, Anwesenheitserfassung, Fakturierung, Controllingmodul, Serienbriefmodul, Personenauswahlmodul, xml Modul. Im Rahmen des „BAG IDA IT-Netzwerkes“ werden auch gemeinsame Standardentwicklungen für alle Mitglieder des Netzwerkes ermöglicht. Weitere Informationen: [Kopie des Kooperationsvertrages](#) zwischen prosozial und der BAG IDA, [Partner- und Pflegevertrag](#), zwischen Kunde und der Fa. „prosozial“, [Infoblatt](#). Für Rückfragen stehen Ihnen die im „Infoblatt“ benannten Ansprechpartner zur Verfügung. / [zurück](#)

* * *

Fachtagung „Inklusive Bildung in Kitas und Schulen - Möglichkeiten zur verbesserten Teilhabe behinderter Kinder“ vom 6. bis 7. September 2010 in Berlin-Köpenick - Anmeldeschluss: 8. Juli 2010

Die Integration von Menschen mit Behinderungen in Regelschulen ist immer noch die Ausnahme. Doch zeichnet sich eine grundlegende Veränderung ab. Im Rahmen dieser Fachtagung werden die Hindernisse für eine verbesserte Teilhabe an Bildung herausgearbeitet und konkrete Konzepte und Wege diskutiert, wie mehr Kindern ein gemeinsames Lernen ermöglicht wird. Dabei werden die Zuständigkeitsbereiche der relevanten Leistungsträger und deren notwendige Abstimmung aufeinander erörtert. [Veranstaltungsankündigung](#) / [Anmeldebogen](#) / [zurück](#)

* * *

Fortbildung für Geschäftsführungen - Anmeldeschluss: 1. September 2010

Die Fortbildungsakademie des Deutschen Caritasverbandes bietet eine längerfristige Fortbildung für Geschäftsführungen örtlicher Caritas- und Fachverbände unter dem Thema [„Führen im Spannungsverhältnis von caritativem Auftrag und wirtschaftlich-organisatorischen Notwendigkeiten“](#) an. Die Einführungstage finden im Oktober 2010 statt, der Kurs läuft von 2011 bis 2012. Fragen beantwortet Hermann Krieger, E-Mail hermann.krieger@caritas.de, Telefon: 0871 2001702. / [zurück](#)

* * *

Geragogik - Das Lehrbuch

Wir leben in einer Gesellschaft, in der zunehmend mehr Menschen ein hohes Alter erreichen. Welche Möglichkeiten gibt es, die Gestaltung eines sinnerfüllten, körperlich und geistig beweglichen Lebens in den vielfältigen

Lebenslagen des Alters zu unterstützen? Dieses Buch gibt erstmals eine Übersicht über die junge Wissenschaftsdisziplin Geragogik. Sie setzt bei den spezifischen Voraussetzungen des Lernens in der Zweiten Lebenshälfte an, entwickelt didaktische Konzeptionen und bietet Anregungen zur Umsetzung durch Bildungsanreize und passende Bildungsarrangements. Von Elisabeth Bubolz-Lutz, Eva Gösken, Cornelia Kricheldorf, Renate Schramek, Kohlhammer Verlag, Stuttgart, erscheint im 3. Quartal 2010, ISBN-13: 978-3-17-021164-3. [Geragogik - Das Lehrbuch](#) / [zurück](#)

Allgemeine Soziale Beratung/Familienbezogene Armutsprävention

Familienreport 2010

Das BMFSFJ hat am 1. Juni den zweiten Familienreport veröffentlicht. Inhaltliche Schwerpunkte sind die familienpolitischen Leistungen des Staates für Familien und ihre Wirkungen. U. a. wird auf die Bedeutung des Elterngeldes und flexibler Arbeitszeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer eingegangen. [Familienreport 2010](#) / [zurück](#)

* * *

Fachtag „Armut - Werte - Rollenbilder“ am 23. November 2010 in Dortmund

Im Kontext des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 findet am 23.11.2010 in Dortmund der Bundesfachtag für die Allgemeine Sozialberatung statt. Auswirkungen und Handlungsansätze in Bezug auf die Beratungssituation werden aufgezeigt und diskutiert. Der Bundesfachtag findet zum 2. Mal als Kooperationsveranstaltung des Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V., des Katholischen Verbandes für soziale Dienste in Deutschland - Bundesverband e. V. und des Deutschen Caritasverbandes e. V. statt. [Ausschreibung](#) / [Anmeldeformular](#) / [zurück](#)

* * *

Regierungskoalition streicht beim Elterngeld die Sockelleistung für Bezieher von SGB II-Leistungen

Was in der letzten Legislatur noch als Teil nachhaltiger Familienpolitik gefeiert wurde, wird nun im Zuge der Bemühungen um die Konsolidierung des Bundeshaushaltes wieder eingeschränkt. Die Regierungskoalition hat sich darauf verständigt, auch Kürzungen beim Elterngeld vorzunehmen. Damit ist in weite Ferne gerückt, was noch im Koalitionsvertrag vereinbart wurde: Die überfällige Einführung des Teilerntgeldes und die Ausweitung der Partnermonate. Das Elterngeld umfasst mit 4,5 Milliarden Euro etwa 70 Prozent des schmalen Budgets des Familienministeriums. Es soll nun bereits ab 1.240 Euro Nettoeinkommen die Lohnersatzquote von 67 auf 65 Prozent sinken. Davon betroffen sind rund ein Viertel der insgesamt 800 000 Elterngeldbezieher. Dies soll insgesamt rund 200 Mio. Euro einsparen. Den Hauptteil der Einsparungen werden jedoch die Bezieher von SGB II-Leistungen erbringen. Das Elterngeld wird bei Hartz IV-Empfängern künftig als Einkommen angerechnet werden. Betroffen sind rund 130.000 Familien, etwa 16 Prozent aller Elterngeldbezieher. [Weitere Informationen](#) / [zurück](#)

Arbeit mit allein Erziehenden

Geteilte Sorge

Das Deutsche Jugendinstitut greift im DJI Bulletin 1/2010 das Schwerpunktthema „Geteilte Sorge“ auf. Behandelt werden die Themenschwerpunkte Armutsrisiko, Trennung, Auswirkungen von Trennung und Scheidung auf Kinder, hochkonfliktvolle Trennungen, Familienrecht im Wandel und Kinder von gewalttätigen Vätern. Das Heft steht unter www.dji.de/bulletin als Download zur Verfügung. / [zurück](#)

Ehrenamt

Aktionswoche „Engagement macht stark“ des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement vom 17. bis 26. September 2010

Auch in diesem Jahr führt das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) im Herbst eine bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements durch. Vom 17. bis 26. September 2010 werden in Deutschland Vereine, Initiativen, Organisationen, Institutionen und Unternehmen ihre Freiwilligenprogramme, Projekte und Initiativen der Öffentlichkeit vorstellen. Seit Mai können Veranstaltungen zur diesjährigen Woche des bürgerschaftlichen Engagements angemeldet werden. Ob ein Tag der offenen Tür, eine Fachveranstaltung oder ein Freiwilligentag – das BBE freut sich über rege Beteiligung an der Aktionswoche 2010! Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung von Veranstaltungen finden Sie unter <http://www.engagement-macht-stark.de>. / [zurück](#)

* * *

Neuer Freiwilligensurvey veröffentlicht

Der Kurzbericht des 3. Freiwilligensurvey ist online. Der Freiwilligensurvey wird im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit 1999 alle fünf Jahre erhoben und stellt detaillierte Informationen zum freiwilligen, bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagement der Wohnbevölkerung in Deutschland zur Verfügung. Es wurden deutschlandweit 20.000 Personen befragt. TNS infratest Sozialforschung hat für den Monitor »Engagement« die wichtigsten Trends und Entwicklungen der dritten Erhebungswelle in Kurzform zusammengefasst und erste Handlungsbedarfe benannt. Mit 71% ist nach wie vor ein ganz erheblicher Teil der Bevölkerung über seine privaten und beruflichen Belange hinaus aktiv am Gemeinwesen beteiligt. Mehr als jeder Dritte ab 14 Jahren übernimmt sogar freiwillig und unentgeltlich längerfristig Arbeiten, Aufgaben oder Funktionen. Im Schnitt üben Freiwillige ihre Tätigkeit bereits seit 10 Jahren und zum überwiegenden Teil mindestens einmal pro Monat aus. Für den Sommer 2010 ist die Publikation des Gesamtberichtes geplant. Kurzbericht unter <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/engagementpolitik,did=140448.html>. / [zurück](#)

Frühe Hilfen

Frühe Hilfen - Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe in der Kooperation mit der Gesundheitshilfe

Die Ständige Fachkonferenz 1 des Deutschen Instituts für Jugend- und Familienrecht (DIJuF) hat unter dem Titel „[Frühe Hilfen - Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe in der Kooperation mit der Gesundheitshilfe](#)“ eine Stellungnahme zu den Frühen Hilfen verfasst und unter Berücksichtigung der Fachdebatte eine Systematisierung vorgenommen sowie Eckpunkte für eine Weiterentwicklung formuliert. / [zurück](#)

* * *

„Werkbuch Vernetzung“ zu Frühen Hilfen

Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) hat eine neue Publikation herausgegeben: das „Werkbuch Vernetzung. Chancen und Stolpersteine interdisziplinärer Kooperation und Vernetzung im Bereich Früher Hilfen und im Kinderschutz“. Das Werkbuch enthält praktische Tipps zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Gesundheitsdiensten. [Download](#) (2,94 MB). Zu bestellen unter www.bzga.de/infomaterialien/fruehehilfen/werkbuch-vernetzung/. / [zurück](#)

Frauenhäuser/Häusliche Gewalt

Fortbildung „Selbstfürsorge und Stressmanagement“ vom 22. bis 24. September 2010 in Mainz

Zielgruppe: Fachkräfte aus der Beratungs-, Frauenhausarbeit und Mutter-Kind-Einrichtungen. [Einladung und Programm](#) / [zurück](#)

Integration durch Arbeit

Teilhabe benachteiligter junger Menschen am Bildungs- und Ausbildungssystem sichern

Der Deutsche Caritasverband (DCV) sieht dringenden politischen Handlungsbedarf, junge arbeitslose Menschen in das (Aus)Bildungssystem zu integrieren. Daher schlägt die Caritas Strategien und Handlungsempfehlungen für eine bessere Integration benachteiligter Jugendlicher vor. [Positionierung DCV](#) Quelle: Jugendsozialarbeit News Nr. 366. / [zurück](#)

* * *

Traditionelle Rollenbilder bestimmen weiterhin Bildungserfolg

Viele junge Männer und Frauen entscheiden sich noch immer für Berufe, die traditionelle Geschlechterrollen widerspiegeln. Das hat eine soeben veröffentlichte EU-Studie ergeben. Auch in Deutschland folgt die Studienfachwahl oft traditionellen Mustern: der Anteil der weiblichen Hochschulabsolventen im Bereich Gesundheit und Soziales betrug 2007 fast 75 Prozent. In allen 27 EU-Staaten: 76 Prozent. Im Ingenieur- und Bauwesen jedoch nur knapp 18 Prozent. In allen 27 EU-Staaten: 25,5 Prozent. [Mehr](#) Quelle: Newsletter EU-Aktuell vom 7. Juni 2010. / [zurück](#)

Kinder- und Jugendhilfe

Erweitertes Führungszeugnis seit 1. Mai 2010

Mit dem „Fünften Gesetz zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes“ ist ein erweitertes Führungszeugnis für Personen, die beruflich oder ehrenamtlich kinder- oder jugendnah tätig sind oder tätig werden sollen, eingeführt worden. Diese Änderungen sind mit Wirkung vom 1. Mai 2010 in Kraft getreten. Ausschlaggebende Motive des Gesetzgebers sind der verbesserte Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Sexualstraftätern sowie das Interesse der Gesellschaft am Schutz vor Personen, die wegen Sexualdelikte verurteilt wurden. [Ausführliche Informationen](#) / [zurück](#)

* * *

Empfehlungen des DCV zur Prävention vor sexuellem Missbrauch

Der Deutsche Caritasverband hat die folgenden Empfehlungen zur Prävention vor sexuellem Missbrauch und zum Verhalten bei Missbrauchsfällen in den Diensten und Einrichtungen der Caritas herausgegeben:

- Empfehlungen zur Prävention vor sexuellem Missbrauch
- Empfehlungen bei Hinweisen auf sexuellem Missbrauch
- Verpflichtungen und Empfehlungen im Falle eines begründeten Verdachts auf sexuellen Missbrauch
- Empfehlungen zum Umgang mit länger zurückliegenden Fällen
- Empfehlungen zum Umgang mit Opfern sexuellen Missbrauchs

Im Internet werden zu den Empfehlungen ergänzende Materialien zur Verfügung gestellt. Die Empfehlungen finden Sie hier: <http://www.caritas.de/2340.asp>. / [zurück](#)

* * *

Internetauftritt Runder Tisch Kindesmissbrauch

Der Runde Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch“, den die Bundesregierung am 24. Mai 2010 mit dem Ziel eingerichtet hat, der gemeinsamen Verantwortung für einen verbesserten Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt gerecht zu werden, verfügt über einen eigenen Internetauftritt. Aktuelle Informationen zu Sitzungen, Mitgliedern, Beschlüssen sind unter <http://www.rundertisch-kindesmissbrauch.de/> eingestellt. / [zurück](#)

* * *

Telefonkontakt und Homepage der Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs

Unter der kostenfreien Rufnummer 0800 2255530 können Betroffene sexuellen Missbrauchs telefonisch ihre Anliegen an die Unabhängige Beauftragte richten. Gleichzeitig ist die Homepage gestartet, unter der Betroffene weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten finden: <http://beauftragte-missbrauch.de>. / [zurück](#)

* * *

Angesparte Grundrente nach Opferentschädigungsgesetz grundsätzlich kein verwertbares Vermögen

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 27. Mai 2010 abschließend in seinem Urteil bestätigt, dass der Einsatz einer angesparten monatlichen Grundrente nach dem Opferentschädigungsgesetz als Vermögen zur Deckung eines sozialhilferechtlichen Bedarfs grundsätzlich eine Härte bedeutet und daher regelmäßig nicht verlangt werden darf (weitere Details siehe [Presseerklärung](#)). In seiner Information zu dieser Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts empfiehlt Herr Oehlmann-Austermann vom LWL-Landesjugendamt Westfalen Vormündern zumindest bei Vorliegen eines strafrechtlichen Urteils gegen den/die Täter vorsorglich Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz/ Bundesversorgungsgesetz zu beantragen. / [zurück](#)

* * *

1. Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft vom 1. bis 3. Dezember 2010 in Dresden

Das 1. Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft bietet für alle, die beruflich mit dem Thema Vormundschaft befasst sind, einen zentralen Ort der Information und Diskussion. Ein wichtiges Thema der Veranstaltung wird die Diskussion über den Reformbedarf des Vormundschaftsrechts sein. Eingeladen sind u. a. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin der Justiz, Renate Jäger, EGMR, Dr. Helmuth Figdor, Familienberater und Psychoanalytiker aus Wien, Prof. Dr. Ludwig Salgo, FH Frankfurt und Dr. Thomas Meysen, DIJuF. Das Bundesforum wird vorbereitet von den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen-Lippe, einzelnen Jugendämtern, dem Deutschen Familiengerichtstag, dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, dem Verband Katholische Jugendfürsorge und dem SkF Gesamtverein. / [zurück](#)

* * *

Bundeskabinett beschließt Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention

Nach jahrelangem Streit hat die Bundesregierung am 3. Mai 2010 die Rechte ausländischer Kinder und Jugendlicher in Deutschland gestärkt. Mit der Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention erkennt Deutschland die am 20. November 1989 von der UN-Generalversammlung beschlossene UN-Kinderrechtskonvention ohne Einschränkungen an. Damit erhalten insbesondere Flüchtlingskinder die gleichen Grundrechte wie deutsche Kinder und sind z. B. besser in Asylverfahren geschützt. / [zurück](#)

* * *

Fakten und Empfehlungen zu den Neuregelungen in der Kindertagespflege

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat eine aktuelle Fassung der Fakten und Empfehlungen zu den Neuregelungen in der Kindertagespflege herausgegeben. Diese greifen folgende Themen auf:

- Besteuerung
- Kranken- und Pflegeversicherung
- Rentenversicherung
- Vergütung
- Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen
- Weitere Änderungen im SGB VIII durch das KiföG

http://www.skf-zentrale.de/BMFSFJ_Fakten_und_Empfehlungen_zur_KTP_April_2010.pdf / [zurück](#)

Öffentlichkeitsarbeit

Pressemitteilungen/Veröffentlichungen der Bundesgeschäftsstelle des SkF

- [Nr. 7, 22.06.10](#): Ohne Denkverbote - SkF und Caritas für Reformen in der katholischen Kirche
- [Nr. 6, 18.06.10](#): Alleinerziehende alleinlassen? SkF gegen Sparen an der falschen Stelle
- [Nr. 5, 07.06.10](#): SkF eröffnet Hotel NeuHaus - Erster Integrationsbetrieb im Dortmunder Dienstleistungssektor
- Juni 2010, Impuls des Monats auf frauenseelsorge.de, „Armut bewegt“, Armut von alleinerziehenden Frauen, Beitrag von Petra Winkelmann, Referat Frauen und Familien der SkF Bundesgeschäftsstelle
- [Fotos zur Delegiertenversammlung vom 21. bis 23. Juni 2010 in Hildesheim](#)

/ [zurück](#)

Rechtliche Betreuung

BtG Infobrief

Die Juni-Ausgabe des BtG-Infobriefes mit vielen Informationen aus dem Arbeitsfeld, der verbandlichen Arbeit und den aktuellen politischen Entwicklungen finden Sie hier http://www.skf-zentrale.de/BtG_Infobrief_2010_Juni.pdf / [zurück](#)

* * *

Rechtsprechung in Leitsätzen zum § 1897 Abs. 3 BGB zur Auswahl des Betreuers

Die anliegende [Zusammenstellung](#) umfasst die aktuelle Rechtsprechung zu der Frage, inwieweit Mitarbeiter eines Betreuungsvereins Betreuungen für Bewohner von Einrichtungen gleicher Trägerschaft übernehmen können. / [zurück](#)

* * *

Umsatzsteuer

Das Urteil des Bundesfinanzhofs vom 17. Februar 2009 ist nach wie vor nicht im Bundessteuerblatt veröffentlicht. Erst dann wäre eine entsprechende Handhabung für alle Finanzbehörden bindend. Inzwischen haben sich die Obersten Finanzbehörden darauf verständigt, das BFH-Urteil auch ohne eine Veröffentlichung im Bundessteuerblatt anzuwenden. Es mehren sich die Rückmeldungen der Vereine, die entsprechende Informationen ihrer Finanzämter erhalten haben. Eine Rückfrage beim Bundesjustizministerium der Finanzen im April 2010 ergab, dass die Auswirkungen der Entscheidung des BFH auf das nationale Umsatzsteuerrecht zwischen Bund und Länder weiter erörtert wird. Mit einem Ergebnis sei kurzfristig nicht zu rechnen, da eine grundlegende

Überarbeitung von § 4 Nr. 18 Umsatzsteuergesetz erforderlich geworden ist. Die Veröffentlichung des Urteils im Bundesteuerblatt Teil II musste daher zurückgestellt werden. / [zurück](#)

* * *

Von der Stellvertretung zur unterstützten Selbstbestimmung – Behindertenrechtskonvention und Betreuungsrecht

Mit dem Artikel 12 vollzieht die UN-Konvention eine deutliche Abkehr vom traditionellen Verständnis der Rechtsfähigkeit behinderter Menschen: Sie werden als Rechtssubjekte anerkannt und genießen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt mit anderen Rechts- und Handlungsfähigkeit. Da viele Menschen mit Behinderungen Unterstützung bei der Teilhabe am Rechtsleben benötigen, werden die Vertragsstaaten aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, um sie bei der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit zu unterstützen. In Kooperation mit dem Referat Behindertenhilfe wird eine Arbeitsgruppe im Arbeitsfeld Rechtliche Betreuung sich mit den Folgen und Konsequenzen beschäftigen. Bei einem ersten Treffen am 4. Mai 2010 mit Vertretern aus dem Bereich Behindertenhilfe, Rechtliche Betreuung und Angehörigenarbeit wurden Fragestellungen rund um die Konvention und ihre möglichen Auswirkungen auf das Betreuungswesen gesammelt. Sicher wird über die Frage der Geschäftsfähigkeit zu diskutieren sein. Auch im Unterbringungsrecht gibt es offene Fragen. Die Praxis des Einwilligungsvorbehaltes steht ebenso auf dem Prüfstand. Deutlich macht die Behindertenkonvention erneut die gleichberechtigte Stellung der Menschen mit Behinderung und ohne Behinderung. Das Betreuungsrecht 1992 war ein Meilenstein und ist grundsätzlich mit den Anforderungen der UN Konvention kompatibel. Trotzdem ist gerade im Hinblick auf Umsetzung und Praxis noch einiges zu verbessern. / [zurück](#)

* * *

Seminar zur Vortragsgestaltung im Arbeitsfeld Rechtliche Betreuung am 30. September und 1. Oktober 2010 in Bergisch-Gladbach

Das Seminar vermittelt Grundkenntnisse zur Zielgruppenanalyse, zum Aufbau und zur Struktur eines Vortrages sowie Hilfen für die Präsentation. Rahmenbedingungen einer Veranstaltung und gruppendynamische Prozesse bei den Zuhörern werden erörtert, ebenso die Leitung und Moderation von größeren Gruppen sowie Vorträge vor großen, sehr unterschiedlichen Zielgruppen. Weitere Informationen finden Sie unter folgenden Links: www.skmev.de / www.betreuungsvereine-in-aktion.de. / [zurück](#)

* * *

Grundlagenseminar Rechtliche Betreuung vom 26. bis 28. Oktober 2010 in Fulda

Aufgrund der guten Resonanz und der hohen Nachfrage wird das Grundlagenseminar „Rechtliche Betreuung im Betreuungsverein“ für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betreuungsvereinen von Caritas, SkF und SKM auch in diesem Jahr durchgeführt. Näher Angaben finden Sie unter www.skmev.de und www.betreuungsvereine-in-aktion.de. / [zurück](#)

Schwangerschafts- und Familienberatung

Psychische Erkrankungen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt vom 22. bis 24. September 2010 in Schwerte

[Einladung und Programm](#) / [zurück](#)

* * *

Sucht und Abhängigkeit – Herausforderung für die Beratungsarbeit in der Jugend- und Familienhilfe vom 10. bis 12. November 2010 in Bensberg

[Einladung und Programm](#) / [zurück](#)

Sozialmarketing

Initiative Transparente Zivilgesellschaft für mehr Transparenz im gemeinnützigen Sektor

Ziel der Initiative ist es, ein breites Aktionsbündnis innerhalb der Zivilgesellschaft herzustellen, das sich auf die wesentlichen Parameter für effektive Transparenz einigt. Die Unterzeichner der Initiative verpflichten sich, zehn präzise benannte, relevante Informationen über ihre Organisation leicht auffindbar, in einem bestimmten Format der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Damit sollen bestehende Standards nicht ersetzt, wohl aber eine Messlatte für die Eingangsvoraussetzungen effektiver Transparenz im gemeinnützigen Sektor festgelegt werden. Während Kapitalgesellschaften in Deutschland seit Januar 2007 auf einer Internetplattform ihre Bilanz,

Namen der Geschäftsführung, Anzahl des hauptamtlichen Personals und anderes mehr offen legen müssen, sind Organisationen der Zivilgesellschaft (ausgenommen gemeinnützige Kapitalgesellschaften wie gGmbHs oder gAGs) nicht verpflichtet, die Öffentlichkeit über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel zu informieren. Bei gemeinnützigen Organisationen besteht zwar gegenüber den Finanzämtern eine Auskunftspflicht, ein spezielles und einheitliches Format existiert dafür jedoch nicht. Überdies unterliegen alle beim Finanzamt eingereichten Informationen dem Steuergeheimnis und werden nur veröffentlicht, sofern die Organisationen dies freiwillig tun. Die Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft verpflichten sich, nach einem bestimmten Format offen zu legen, welche Ziele ihre Organisation verfolgt, woher die Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer darüber entscheidet. Sie stellen diese Informationen klar strukturiert und leicht auffindbar ins Netz. Vor allem lokale und regionale Organisationen werden durch die Initiative ermutigt, sich dem Thema Transparenz stärker zu widmen. Die Unterzeichner dieser Initiative rufen alle Organisationen der Zivilgesellschaft auf, die folgende [Selbstverpflichtung](#) verbindlich zu erklären, einzuhalten und zu verbessern. / [zurück](#)

* * *

PHINEO schafft Transparenz im Spendenmarkt

PHINEO hat ein mehrstufiges Analyseverfahren entwickelt, mit dessen Hilfe es möglich ist, Aussagen über das Wirkungspotential von gemeinnützigen Organisationen und ihre Projekte zu treffen. Die daraus entstandenen Empfehlungen geben Stiftern, Spendern und sozial engagierten Unternehmen Orientierung, wie sie sich wirkungsvoll finanziell engagieren können. Hinter PHINEO steht ein Bündnis aus Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Gesellschafter sind die Bertelsmann Stiftung, die Deutsche Börse, KPMG und die Stiftung Mercator. „Soziale Investoren wollen sich sicher sein, dass sie mit ihrem Geld nachhaltig etwas bewirken können“, sagte Dr. Brigitte Mohn, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung und PHINEO-Aufsichtsratsvorsitzende. „Spenden wird immer stärker als Investition angesehen, die eine soziale Rendite abwirft und etwas Positives bewirkt. Wir hoffen, dass PHINEO zahlreiche Soziale Investoren ermuntern kann, sich für die Gesellschaft einzubringen.“ PHINEO fungiert als Marktplatz, auf dem soziale Investoren mit gemeinnützigen Organisationen zusammen kommen. Mehr auf www.phineo.org. / [zurück](#)

* * *

Deutscher Spendenrat verabschiedet neue Grundsätze

Mehr Offenheit und Transparenz für Spender und Öffentlichkeit hat die Mitgliederversammlung des Deutschen Spendenrates unter dem Titel „Dem Gemeinwohl und dem Spender verpflichtet“ beschlossen und die neuen Grundsätze des Deutschen Spendenrates verabschiedet. Ziel ist die Wahrung und Stärkung der ethischen Prinzipien des Spendenwesens in Deutschland sowie die Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Umgangs mit Spendengeldern durch freiwillige Selbstkontrolle. Im Gegensatz zur bislang eher kompakt gefassten Selbstverpflichtung des Spendenrats beschreiben die neuen Grundsätze die Regeln für die Mitgliedsorganisationen erheblich umfassender und differenzierter. So werden klare Regeln für die Spendenwerbung, Organisationsstruktur und das Rechnungswesen sowie deren Veröffentlichung aufgestellt. Neu hinzugekommen ist unter anderem die Verpflichtung der Mitglieder, ihre zuständige Finanzbehörde dem Spendenrat gegenüber hinsichtlich des gemeinnützigen Bereiches von der Schweigepflicht zu entbinden. Da ein Freistellungsbescheid immer nur eine Rückbetrachtung länger zurückliegender Geschäftsjahre bedeutet, erhält der Spendenrat damit die Chance, im Zweifelsfall auch Zugang zu aktuellen Informationen über laufende Prüfungen/Verfahren zum Status der Gemeinnützigkeit einer Mitgliedsorganisation zu bekommen. Die neuen Grundsätze sind eine Selbstverpflichtung der Mitglieder des Deutschen Spendenrates und werden im Zweifelsfall durch eine Schiedskommission geprüft. [Weitere Informationen](#) / [zurück](#)

* * *

parameta schreibt Wettbewerb „Projekt-Hilfe für Helfer“ aus. Bewerbungsfrist bis 31. Juli 2010

Fünf Tage Projektmanagement als Unterstützung für Wohltätigkeitsorganisationen. Die parameta Projektberatung GmbH & Co. KG schreibt erstmals ihren Wettbewerb „Projekt-Hilfe für Helfer“ aus. Bundesweit können sich Wohltätigkeits- und Hilfsorganisationen bewerben, die sich im Projektmanagement fit machen wollen. Das Gewinner-Team wird von Dr. Michael Streng, Gründer und Geschäftsführer der parameta Projektberatung, in fünf Tagen fit gemacht für erfolgreiches Projektmanagement. Das umfasst die Analyse vorhandener Projekte, Verbesserungsvorschläge sowie deren nachhaltige Verankerung, damit Hilfs- und Wohltätigkeitsorganisationen professioneller agieren können. Um an dem Wettbewerb teilzunehmen, genügt es, einen Fragebogen auszufüllen, erhältlich unter www.parameta.de/projekthilfe. / [zurück](#)

* * *

Forum für Förderstiftungen der Caritas am 19. Oktober 2010 in Frankfurt

Förderstiftungen gewinnen auch im Bereich der Caritas und ihrer Fachverbände weiter an Bedeutung für die nachhaltige Finanzierung von Hilfsangeboten und die Projektförderung. Auf der örtlichen Ebene sind bereits einige Förderstiftungen gegründet worden, das Potenzial ist jedoch noch weit größer, so dass unterstützende Maßnahmen und Informationen aus Sicht des Deutschen Caritasverbandes erforderlich sind. Das Forum für Caritas-Förderstiftungen zählt zu diesen Angeboten. Zielgruppe sind Verantwortliche von Caritas-Förderstiftungen und Förderstiftungen der Fachverbände auf örtlicher Ebene, denen die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs und des voneinander Lernens gegeben werden soll. [Einladung](#) / [Anmeldeformular](#) / [zurück](#)

* * *

Neue Studie beleuchtet stiftungsinterne Prozesse

Viele „klassische“ Instrumente im Bereich Steuerung und Kontrolle spielen in der Stiftungspraxis noch keine herausragende Rolle. So lautet das Fazit einer aktuellen Stiftungsstudie des Bundesverbandes deutscher Stiftungen. Allerdings haben viele Stiftungen das Potenzial, sich der Öffentlichkeit stärker zu öffnen und um Vertrauen zu werben. Die Studie ist eine Bestandsaufnahme zu Gremienstrukturen und zur Anwendung der Grundsätze Guter Stiftungspraxis. Knapp ein Viertel der befragten Stiftungen wendet die Grundsätze an. Die Studie steht unter dem folgenden Link zum kostenlosen Download bereit www.stiftungen.org/grundsaeetze-guter-stiftungspraxis. / [zurück](#)

* * *

Einführung der Umsatzsteuer bei Postdienstleistungen verteuert Mailingaktionen

Mit dem im März 2010 verabschiedeten Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben wurden insbesondere Anpassungen des deutschen Steuerrechts an europarechtliche Vorgaben durchgeführt. Eine der wesentlichen Änderungen betrifft die Beschränkung der bisherigen Umsatzsteuerbefreiung für Post-Dienstleistungen auf Post-Universaldienstleistungen. Von der Umsatzsteuer befreit sein sollen ab dem 1. Juli 2010 nunmehr nur noch Post-Universaldienstleistungen, mit denen - durch einen oder mehrere Unternehmer - eine Grundversorgung der Bevölkerung sichergestellt wird. Umsatzsteuerpflichtig werden alle individuell vereinbarten Leistungen sowie Leistungen zu Sonderkonditionen. Je nach Ausgestaltung können hiervon z. B. Mailing-Aktionen betroffen sein, da die Einführung der Umsatzsteuer teilweise zu prozessualen bzw. produktspezifischen Änderungen führt und die von der Post in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht als Vorsteuer geltend gemacht werden kann. / [zurück](#)

* * *

Leitfaden für den Umgang mit personenbezogenen Daten im Fundraising

Hrsg. Finanzreferat/Verwaltung des Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V., Stand 2010. Bezug: 5 Euro zzgl. Versandkosten über die SkF Bundesgeschäftsstelle, E-Mail info@skf-zentrale.de, Telefon 0231 557026-11. / [zurück](#)

Wohnungslosenhilfe

Fachtag der BAG Wohnungslosenhilfe zum Fachtag am 4. August 2010 in Kassel

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. lädt zum Fachtag „Partizipation“ ein. [Einladung](#) / [Rückmeldebogen](#) bis zum 16. Juli 2010 / [Europäische Befragung \(ehemals\) Wohnungsloser](#). Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.eisop.org/projekte/22-europa-befragung-wohnungsloser.html>. / [zurück](#)